Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/666
23.09.2014

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung

36. Sitzung (öffentlich)

23. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD) (Amt. Vorsitzender)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkt:

Neue Schwerpunkte in der Forschungsförderung – Das Innovationspotenzial kleiner und mittelständischer Unternehmen und von Hochschulen in Nordrhein-Westfalen gezielt erschließen

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5749

Stellungnahmen 16/1971, 16/2051, 16/2071, 16/2095, 16/2103, 16/2104, 16/2107, 16/2108, 16/2109, 16/2110, 16/2121, 16/2122, 16/2127

– Öffentliche Anhörung –

* * *

Neue Schwerpunkte in der Forschungsförderung – Das Innovationspotenzial kleiner und mittelständischer Unternehmen und von Hochschulen in Nordrhein-Westfalen gezielt erschließen

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5749

Stellungnahmen 16/1971, 16/2051, 16/2071, 16/2095, 16/2103, 16/2104, 16/2107, 16/2108, 16/2109, 16/2110, 16/2121, 16/2122, 16/2127

– Öffentliche Anhörung –

Amt. Vorsitzender Karl Schultheis: Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie uns mit der heutigen Sitzung des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft und Forschung beginnen. Es ist die 36. Sitzung. Ich darf Sie recht herzlich begrüßen, insbesondere die Expertinnen und Experten, die uns heute zur Verfügung stehen, natürlich die Zuschauerinnen und Zuschauer und gegebenenfalls auch die Medienvertreter.

Normalerweise führe ich nicht den Vorsitz in diesem Ausschuss. Unser Vorsitzender ist erkrankt und die Stellvertreterin hat eine weitere Terminverpflichtung, sodass aufgrund des Lebensalters diese sehr schöne Aufgabe mir heute zugewachsen ist.

Der Ausschuss hat sich darauf verständigt, vor einer abschließenden Bewertung und Abstimmung über den Antrag ausgewählte Expertinnen und Experten anzuhören.

Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass wir auf Eingangsstatements der Experten verzichten und direkt in die Fragerunde einsteigen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahmen und dafür, dass Sie heute zum zweiten Mal hier sind. Wir haben ja dem Thema eine besondere Bedeutung gegeben, weil wir direkt zwei Anhörungen stattfinden lassen. Ziel war es ja auch, die Anregungen und die Kritik aus der ersten Anhörung aufzunehmen und in Ergänzung zu der bisherigen Förderung auf EU-, Bundes- und Landesebene weitergehende und vor allen Dingen zielgerichtete Fördermaßnahmen für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft bei den kleinen und mittleren Unternehmen zu entwickeln.

Ich freue mich, dass unsere Vorschläge überwiegend auf Ihre Zustimmung gestoßen sind. Gleichwohl – das ist klar – werden einzelne Überlegungen von Ihnen ambivalent bzw. in Teilen auch unterschiedlich bewertet. Insofern möchte ich gerne die folgenden Fragen stellen.

Die Frage der steuerlichen Förderung der FuE-Aktivitäten von Unternehmen hat ja einige von Ihnen auch bewegt und wird von Ihnen, Herr Prof. Dr. Becker, gar nicht

angesprochen. Sind Sie da skeptisch oder würde dies Ihrer Ansicht nach ein Anreiz sein, die Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen zu verbessern? Die Frage geht an die LRK der Fachhochschulen.

Dieselbe Frage möchte ich gerne an ZENIT richten. Würden Sie die steuerliche Förderung auch dann ablehnen, wenn klargestellt wäre, dass die notwendigen Förderzuschüsse dadurch nicht verdrängt werden und Mitnahmeeffekte durch Unternehmen oder ein Ausbremsen von Unternehmen verhindert werden? So haben wir das ja auch in unserem Antrag formuliert.

An den Bundesverband mittelständische Wirtschaft, an Herrn Kolbe, möchte ich gerne die Frage stellen, ob Sie noch einmal erläutern können, warum Sie für eine generelle Verstetigung von existierenden Förderprogrammen eintreten. Sie sagen ja auch, dass Sie sich wünschen, dass das Wirtschaftsministerium als Dreh- und Angelpunkt bei der Koordination und Kommunikation mit den Unternehmen aktiv wird.

Anschließend die Frage an Sie: Können Sie konkreter sagen, was Ihrer Meinung nach auch dazu gehört, um die in NRW geförderte Politik der Patentnetzwerke auszuweiten? Das haben Sie ja in Ihrem Beitrag auch formuliert.

Eine letzte Frage geht an das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn, an Herrn Dr. Maaß. Sie sprechen sich wie verschiedene andere Experten auch für eine technologieoffene Förderung aus. Das ist ganz interessant, wie das jeweils auch bewertet wird. Sie sagen zu Recht, dass KMU sich nicht alleine auf technologische Innovationen beschränken, sondern auch in organisationsbezogene Neuerungen investieren. Hier kommt also auch noch ein etwas weiter gehender Begriff von Innovationen mit ins Spiel, was ich sehr interessant finde. Dies müsse aber nicht im Widerspruch zur geplanten Innovationsstrategie der Landesregierung stehen, die auf ausgewählte Leitmärkte und deren Unterstützung setzt. Das heißt, Technologieoffenheit geht für Sie mit einem erweiterten Innovationsverständnis einher? So habe ich das verstanden. Können Sie dies noch vertiefen?

Dietmar Bell (SPD): Ich möchte mich zunächst im Namen der SPD-Fraktion sehr herzlich für die abgegebenen Stellungnahmen bedanken, die sich ja sehr intensiv mit dem Antrag der rot-grünen Koalition befasst haben. Ich bedanke mich auch sehr herzlich, dass Sie sich noch mal die Zeit genommen haben, sich jetzt zum wiederholten Male mit uns über die Thematik zu unterhalten. Das zeigt aber auch, glaube ich, dass es wirklich Sinn macht, die Themen stärker miteinander zu entwickeln und zu diskutieren. Insoweit sind wir froh, heute noch mal mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Die erste Frage betrifft den Übergang von Grundlagenforschung in anwendungsorientierte Forschung. In unserem Antrag wird vorgeschlagen, zu prüfen, ob das Instrument TRAFO revitalisiert werden kann. In der Stellungnahme von Herrn Kirchhoff wird ausgeführt, die Beschränkung der Antragsberechtigung auf Fachhochschulen hat im Förderprogramm TRAFO seinerzeit dazu geführt, dass das Format mangels relevanter Aktivität nicht besetzt wurde. Meine Frage richtet sich an die Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen und an die AiF, wie die Erfahrungen mit dem

Programm TRAFO in der Vergangenheit waren und ob sie diese Einschätzung teilen. Mit einer Ergänzung geht die Frage an die Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen. In den Stellungnahmen ist sehr häufig ausgeführt, dass man den Wunsch hat, das Förderprogramm TRAFO in der Perspektive auch für die Universitäten zu öffnen. Wie stehen Sie zu dieser Forderung, die in den Stellungnahmen relativ ausführlich zum Ausdruck kommt?

Dann haben wir ja vorgeschlagen, eine Mittelstandsinitiative Forschungsförderung einzurichten. Im Kern steht ja im Grunde die Schaffung eines Netzwerkes, um ein leicht zugängliches Beratungs- und Unterstützungssystem bereitzustellen, das von verschiedenen Netzwerkpartnern getragen werden soll.

In der Stellungnahme der InnovationsAllianz findet sich aus meiner Sicht ein Satz, den ich gerne etwas hinterfragt hätte. Sie schreiben, dass im Grunde für die Frage der Netzwerkbildung im Wesentlichen die Strukturen vorhanden sind. Da würde ich gerne nachfragen, was aus Ihrer Sicht die Grundlagen sind, ein solches Netzwerk zu etablieren, und was die Voraussetzungen sind, damit das dann erfolgreich auf den Weg gebracht werden kann. Erachten Sie zusätzlich zu dem, was aktuell existiert, eine stärkere Kooperation der vorhandenen Partner, so wie wir es auch vorgeschlagen haben, für sinnvoll?

Die Frage zur Notwendigkeit so eines Netzwerks würde ich auch gerne an die AiF-Vertreter richten.

In der Stellungnahme der IHK wird ja eine sehr skeptische Haltung zu PROvendis als Instrument eingenommen. Das hätte ich gerne intensiver erläutert, wie Sie zu der eher skeptischen Betrachtung von PROvendis kommen, auch vor dem Hintergrund von Verwertungsquoten.

Noch eine Frage an die Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen, die ja eine deutlich positivere Bewertung abgegeben hat: Warum kommen Sie da zu einem anderen Ergebnis?

Dr. Stefan Berger (CDU): Auch die CDU-Fraktion bedankt sich für die Stellungnahmen und für Ihre Anwesenheit heute.

Ich habe eine Frage an die IHK Nordrhein-Westfalen. Die Frage ist auch schon im Vorfeld angesprochen worden. Das betrifft TRAFO. Vielleicht könnten Sie zu dem Punkt Wiedereinführung TRAFO oder Programme nach dieser Idee noch etwas sagen.

Dann sprechen Sie in Ihrer Stellungnahme den Punkt Forschungsstrategie „Fortschritt NRW“ an. Ich möchte hier die Frage stellen, ob Sie die Paradigmen, die innerhalb des Programms „Fortschritt NRW“ gelten, für vernünftig halten oder ob sie nicht erweitert werden könnten. Ich möchte es mal so offen formulieren.

Dann habe ich eine Frage an den Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft. Einmal sprechen Sie sich unter Punkt 10. für eine Verbesserung der Startup-Chancen in Hochschulen aus. Das, finde ich, ist ein guter Punkt. Vielleicht könnten Sie dazu etwas sagen.

Dann habe ich noch eine Frage an das Institut der deutschen Wirtschaft. Sie sehen den vorliegenden Antrag von Rot-Grün etwas kritisch unter dem Punkt Technologieoffenheit. Da hätte ich gerne eine Einschätzung, was Sie für sinnvoll erachten.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank an die Sachverständigen für ihre Stellungnahmen und ihr Kommen auch im Namen der Piratenfraktion.

Ich habe ein paar grundsätzliche Fragen bzw. ergänzende Fragen zum Thema.

Zunächst an Herrn Kolbe, Herrn Mainz, Herrn Maaß, Frau Piegeler und Herrn Mornhinweg: Wir sehen als Piratenfraktion immer den Breitbandausbau als sehr wichtiges Element nicht nur der Forschung, sondern auch der Standortförderung an. Wir halten das für eine wichtige Grundlage. Sehen Sie das auch als wichtiges Element gerade bei Standorten, die stadtfern sind, auch was die Forschung betrifft?

Kommt die Förderung, die wir derzeit haben, der Masse an kleinen und mittleren Unternehmen entgegen oder richtet die sich eher an wenige und sozusagen die etablierten Unternehmen, die schon immer Forschungsförderung nutzen?

Daran schließt sich natürlich die Frage an: Das soll immer verbessert werden. Wir sehen auch an den Vorschlägen in dem Antrag und der Landesregierung, dass natürlich Bürokratieabbau und das Zugänglichmachen von Infos und Beratungsangeboten für KMU ein wesentliches Element sind. Gehen da die Vorschläge insgesamt in die richtige Richtung?

Zur Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen innerhalb von NRW, die sich in den gleichen Branchen befinden: Da gibt es ja auch Bemühungen, in Kompetenzzentren Kräfte zu bündeln für die Forschung und Entwicklung von kleinen Unternehmen, die sich das nicht selbst leisten können, die Forschungsausgaben zu tätigen. Diese Bündelung erfolgt nicht mittels Universitäten, sondern in Zentren, in denen kommerzielle Forschung stattfindet, zum Beispiel im AutomotiveNetzwerkSüdwestfalen. In Lippstadt und in Olpe gibt es solche Zentren. Dort können gemeinsam Apparate genutzt werden. Es gibt Garagen, in denen man nicht unter den Augen der Konkurrenz arbeitet. Welchen Stand haben diese Projekte? Sind die sehr wichtig für die Forschung in NRW und auch für die Standortpolitik?

Dann habe ich noch eine Frage an die Hochschulen, an Herrn Sternberg, Herrn Becker und Herrn Ebling. Wie sehen Sie die Möglichkeiten der Hochschulen, weitere Standorte in den weißen Flecken des Landes zu eröffnen? Da steht ja auch etwas von Spin-offs. Aber ich meine jetzt tatsächlich sozusagen Hochschulfilialen, um damit regionale FuE voranzutreiben und den Mittelstand zu stärken.

Angela Freimuth (FDP): Auch seitens der FDP herzlichen Dank.

Der Vorteil als Letzter in der Fragerunde ist, dass einige Fragen schon gestellt worden sind. Ich will mich deswegen auf drei Punkte beschränken.

Ich habe erstens die Frage, welche Bedeutung Sie der Technologieoffenheit tatsächlich beimessen. In dem Antrag fehlt sie explizit. Aber in zahlreichen Stellungnahmen

ist sie ausdrücklich auch als notwendig erwähnt. Deswegen wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie dazu noch mal Ausführungen machen könnten.

Zweiter Punkt: Wie kann Politik konkret aus Ihrer Perspektive die wirtschaftliche Verwertung von Patenten unterstützen? Wo sehen Sie ganz konkret Defizite? Wie kann man denen begegnen?

Dritter Punkt: Entspricht „Fortschritt NRW“ den Anforderungen an gute Forschungsförderung für den Mittelstand? Das ist eine Frage, die sich mir nach der Lektüre der Stellungnahmen auch gestellt hat.

Das Institut für Mittelstandsforschung hat außerdem thematisiert, dass es einen Mangel an qualifiziertem Forschungs- und Entwicklungspersonal sieht. Wenn Sie das auch noch etwas ausführen könnten, wäre ich Ihnen auch sehr dankbar.

Amt. Vorsitzender Karl Schultheis: Frau Kollegin Freimuth, richten sich Ihre Fragen an alle?

Angela Freimuth (FDP): Herr Vorsitzender, es sind mehrere Sachverständige angesprochen. Insofern: To whom it may concern.

Amt. Vorsitzender Karl Schultheis: Gibt es in der ersten Fragerunde dann weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beantwortung.

Prof. Dr. Klaus Becker (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen) (Stellungnahme 16/2051): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben die steuerliche Förderung von KMU und die Forderung bewusst in unsere Stellungnahme nicht aufgenommen. Nach unserer Auffassung sollte die Zusammenarbeit getragen sein von der Kompetenz der jeweiligen Beteiligten sowohl auf der Seite der Unternehmen als auch auf der Seite der Wissenschaft. Förderungen durch öffentliche Fördermittel und steuerliche Förderungen können das Ganze natürlich begleiten. Das ist natürlich leicht gefordert, eine steuerliche Förderung. Wir wissen aber auch um die Schwierigkeit. Deswegen haben wir uns im Prinzip da zurückgehalten. Das war einfach der Grund. Für uns würde es natürlich an der einen oder anderen Stelle die Sache einfacher machen.

Aber das ist ähnlich, wenn es um das Thema „Kooperation“ geht und die Anbahnung von Kooperationen. Da gibt es Fördermittel. Das sollte eigentlich nicht der Hauptantrieb für die Kooperation sein, sondern dass man inhaltlich zusammenfindet.

Dr. Karsten W. Lemke (ZENIT GmbH) (Stellungnahme 16/2071): Unsere Stellungnahme basiert auf dem Erfahrungshintergrund der vielen Gespräche, die wir mit kleinen und mittleren Unternehmen geführt haben.

Sie haben ja in Ihrer Frage auch gleichzeitig betont, dass Sie ein Sowohl-als-auch in Betracht ziehen, also nicht einen Aufbau eines steuerlichen FuE-Fördersystems bei Abbau von klassischer Projektförderung, sondern ein Sowohl-als-auch.

Dennoch haben wir bisher festgestellt in den Evaluationen, die wir durchgeführt haben, dass eben die Hebelwirkung in der Projektförderung deutlich größer ist als die in der steuerlichen FuE-Förderung, sodass wir hier sicherlich weiterhin auch den Schwerpunkt sehen würden aus KMU-Sicht.

Thomas Kolbe (Bundesverband mittelständische Wirtschaft) (Stellungnahme 16/2095): Sie hatten die Verstetigung der Programme angesprochen. Das bezieht sich tatsächlich mehr auf einen operativen Aspekt. Wir vertreten ja vor allen Dingen kleinere Unternehmen, die sich eher seltener im Hochschulbereich aufhalten. Vielfach fehlt der Überblick. Es ist tatsächlich eine Zeitfrage, im betrieblichen Alltag zu sagen, wir verschaffen uns einen Überblick über die bestehenden Förderprogramme. Das ist wirklich eine rein operative Frage. Deswegen haben wir es in die Stellungnahme aufgenommen. Wir dachten, das wäre aus der Sicht unserer Mitglieder wichtig.

Die Patentnetzwerke beziehen sich im Grunde auf dasselbe Problem, dass gerade die kleineren Unternehmenseinheiten sich da auch gerne zusammenschließen und Beratung brauchen, was die Vermarktung dieses betriebsspezifischen Wissens betrifft. Wir dachten, das wäre an der Stelle ganz angebracht, das aufzunehmen.

Dr. Frank Maaß (Institut für Mittelstandsforschung) (Stellungnahme 16/1971): Ich möchte mich zum Thema „technologieoffene Förderung“ äußern. Wir hatten das in unseren Vorschlag aufgenommen, weil wir zwei Befunde in unseren aktuellen Studien haben, die auf die Bedeutung dieses Zusammenhangs hinweisen.

Das ist einmal die Studie zum Thema „Innovationstätigkeit im Mittelstand – Wie wird sie gemessen und bewertet?“ Dort hatten wir festgestellt, dass der Mittelstand immer unterschätzt wird in seiner Innovationsbeteiligung, was auch darauf zurückzuführen war, dass der technologieorientierte Fokus gewählt wurde.

Seitdem das ZEW auch Daten liefert zu den nicht technologischen Innovationen, also administrativen, organisationalen, auch absatzpolitischen Innovationen, sehen wir, dass der Mittelstand in ein deutlich besseres Licht gerückt wird. Natürlich kann er nicht den Großunternehmen gleichgestellt werden, aber rückt auf.

Das war der eine Befund, der uns dazu bewogen hat, diesen Punkt aufzunehmen.

Der zweite Befund bezieht sich auf eine Studie, die wir noch nicht veröffentlicht haben, zum Thema „Wissenschaftler an deutschen Hochschulen und ihre Gründungstätigkeit“. Da stellen wir unter anderem fest, dass es viele Wissenschaftler gibt, die Patente haben oder über Schutzrechte verfügen, die sie nicht gewerblich zu Markte tragen, die sie nicht ausnutzen, die brachliegen. Die meisten dieser Wissenschaftler, die nun auch planen, sich selbstständig zu machen, tun dies nicht als Angehörige von MINT-Fächern, sondern aus anderen Fächern. Man sollte hier also unbedingt auch diesen anderen Zugang, der nicht primär auf Technologien bezogen ist, stärker in den Fokus rücken.

Prof. Dr. Klaus Becker (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen): Die Frage bezog sich auf das Programm TRAFO und darauf, das zu revitalisieren. Herr Kirchhoff hat eine kritische Stellungnahme abgegeben. Vonseiten der Fachhochschulen kann ich sagen, dass wir sehr positive Erfahrungen mit dem Programm „Transferorientierte Forschung an Fachhochschulen“ gemacht haben. Es hat wirklich seinerzeit die Kooperation zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen und den Fachhochschulen gefördert. Es war ein relativ kleines Programm, finanziert aus den Mitteln für Forschung an Fachhochschulen des Wissenschaftsministeriums. Man kann sich auch sehr gut vorstellen, wenn man wirklich die Kooperation zwischen KMU und der Wissenschaft in NRW vorantreiben möchte, das auf breite Beine zu stellen, also mit entsprechenden Mitteln auszustatten. Es gibt überhaupt keinen sachlichen Grund, warum sich nicht auch Universitäten daran beteiligen sollten. Es geht ja um die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, nicht um Hochschultyp eins und Hochschultyp zwei.

Michael Krause (AiF) (Stellungnahme 16/2108): Zum Thema „TRAFO“: Wir hatten das ja damals begleitet und koordiniert von 2000 bis 2005. Im Jahr haben regelmäßig ungefähr 100 Fachhochschulen daran teilgenommen. Das war im FH- und KMU-Bereich sehr akzeptiert.

Der Transfer von praxisrelevanten Forschungsergebnissen in der Wirtschaft ist für uns aus der Sicht der AiF sehr wichtig. Zudem fördert das Kooperationen zwischen Instituten und KMU. Hierbei sollte insbesondere die freie Wahl gelassen werden, ob Uni oder FH. Das sehen wir auch so.

Zum Thema „Mittelstandsinitiative Forschungsförderung“ sehe ich es auch als wichtig an, dass man die Maßnahmen, die es bisher gibt, weiter ausbauen sollte, breitflächiger und zielgruppenspezifischer. Man sollte insbesondere den Dialog mit den KMU suchen, um auch die KMU an solchen Programmen zu beteiligen, die sich bisher daran noch nicht beteiligt haben.

Dr. Dirk G. Ebling (InnovationsAllianz der NRW-Hochschulen e. V.) (Stellungnahme 16/2110): Die Frage war ja im Rahmen der Mittelstandsinitiative der Netzwerkgedanke: Was ist notwendig? Was wird getan? Was kann man noch tun? Wir sehen uns als InnovationsAllianz natürlich als die Vertreter der Hochschule, als die Ansprechpartner für die richtigen Schnittstellen in den Hochschulen im Bereich Innovationsförderung, KMU-Kontakte, KMU-Austausch. Das Ganze ist eine landesweite Aktivität, die natürlich regionale Netzwerke mit einschließt und alle Stakeholder mit ins Boot nimmt und in keiner Weise ausgrenzend, sondern eher tragend und unterstützend wirkt, um diese Mittelstandsinitiative mit vorwärts zu bringen und zu initiieren.

Dr. Matthias Mainz (IHK NRW) (Stellungnahme 16/2109): Das ist ein Punkt, über den wir mit den Kollegen auch sehr diskutiert haben, wie wir ihn denn abbilden wollen. Ich glaube, wir hätten noch einen kleinen Zusatz schreiben können, mit dem wir sagen: Vor allen Dingen aus Sicht der kleinen und mittleren Unternehmen haben wir

bei dem Programm das Problem, dass häufig Patente, die sich auf die Grundlagenforschung beziehen, im Fokus des Angebotes stehen. Die Unternehmen, mit denen wir häufig in der Innovationsberatung Kontakt haben, würden sich eher anwendungsorientierte oder marktfähigere Patente wünschen. Wenn man um die Beteiligung von KMU für dieses Projekt kämpfen möchte, dann ist natürlich die Marktfähigkeit, die Anwendungsorientierung weit oben.

Ausgeführt haben wir auch, dass ein solches Instrument auch eine gewisse Breite haben muss. Darüber gibt es derzeit Diskussionen. Das ist jetzt nicht an uns, das zu bewerten. Aber wenn ein solches Programm da ist, dann muss es auch die Breite haben, damit es auch landübergreifend und hochschulübergreifend zugänglich ist, um Diskussionen zu vermeiden, wo es zählt und wo nicht.

Alfred Schillert (PROvendis GmbH) (Stellungnahme 16/2122): Schönen guten Tag! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zum einen kann ich das absolut unterstützen. Welchen Entwicklungsstatus haben Erfindungen, damit Unternehmen sie aufgreifen können? Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Hier gibt es – wie ich in der letzten Sitzung ja auch schon ausgeführt hatte – ganz erheblichen Bedarf. Denn die meisten Forschungsergebnisse aus den Hochschulen sind nicht direkt von der Industrie aufgreifbar und demensprechend umsetzbar. Das ist ein Manko.

Dort ist ja angedacht, was ich auch absolut befürworte, eine entsprechende Validierungsförderung einzuführen. Die kann auf mittlere und lange Sicht, glaube ich, hier erheblich stärker das Innovationspotenzial, das in den Hochschulen vorhanden ist, erschließen. Denn bis dato, wie gesagt, können viele Unternehmen die Sachen nicht aufgreifen, weil sie keine Entscheidungsgrundlage haben, ob es wirklich funktioniert, weil die Investitionskosten in Entwicklung, in Markteinführung so immens sind, dass es an der Stelle häufig nicht geht.

Etwas widersprechen muss ich beim Thema „Patente, Grundlagenpatente, Anwendungspatente“. Die meisten Patentanmeldungen, die wir haben, sind aus meiner Sicht mit großem Abstand eher anwendungsorientiert als grundlagenorientiert. Das hat den einfachen Hintergrund, dass die Hochschulen in der Regel nicht die finanziellen Mittel haben, um Grundlagenpatente überhaupt anzumelden und aufrechtzuerhalten. Denn das sind Anmeldungen, die über einen sehr langen Zeitraum vorgehalten werden müssen, die sehr breit angemeldet werden müssen, das heißt, dann entstehen schnell mal Kosten in Höhe von 50.000 € für eine Patentfamilie. Das können Hochschulen gar nicht leisten.

Von daher haben – das ist eher ein Manko aus meiner Sicht mittel- bis langfristig für die Wirtschaft in NRW und in Deutschland – die Hochschulen nicht die Möglichkeit, gerade in Schlüsseltechnologien, in Zukunftsfeldern auch Grundlagenpatente für die einheimische Wirtschaft überhaupt aufzubauen und vorzuhalten. An der Stelle muss ich also ganz kräftig widersprechen.

Technologieoffenheit ist sehr wichtig und gut. Denn aus meiner Sicht muss die Kernfrage immer sein: Was benötigt auch die Wirtschaft, um volkswirtschaftlich Nutzen zu erzielen? Was benötigt die Wirtschaft, um erfolgreich zu sein? Das ist nicht nur auf

ein oder zwei Felder begrenzt, sondern das ist sehr breit angelegt. Auch hier wiederum kann man feststellen, dass sehr, sehr viele Erfindungen einfach auch interdisziplinär sind. Von daher macht es auch an der Stelle Sinn, nicht zu eng fokussiert zu sein.

Philipp Piecha (IHK NRW): Wir sagen, dass TRAFO ein Instrument ist, das von 2001 bis 2006 von der Wirtschaft sehr stark nachgefragt wurde. Wir würden es begrüßen, wenn es wieder eingeführt werden kann. Ganz wichtig ist aber: Nicht nur für die Fachhochschulen, sondern anwendungsnahe Forschungsergebnisse sollen auch an Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen förderfähig werden. Grundsätzlich sehen wir TRAFO als ein gutes Mittel, um Grundlagenforschung hin zu anwendungsorientierter Förderung zu bringen.

Dr. Matthias Mainz (IHK NRW): Zu der Frage von Herrn Berger möchte ich noch etwas sagen. Wir haben das auch unter zwei Aspekten in unsere Stellungnahme aufgenommen. Das ist zum einen die Frage der Technologieoffenheit und zum anderen die Frage der Bürokratie, die darauf verwendet wird, und der Einschränkung der Inhalte.

Zum einen haben wir auch noch mal im Vorfeld der letzten Anhörung unsere Unternehmen gefragt. Das, was sie im Wesentlichen stört bei Kooperationen, ist die Bürokratie. Das war auch in der Vorgängerförderperiode einer der wesentlichen Punkte. 70 % derjenigen Unternehmen, die Erfahrungen haben, melden uns zurück, Bürokratie sei das wesentliche Hindernis. Das hält sie davon ab, Forschungsmittel zu beantragen oder Kooperationen einzugehen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass wir hier zu Wegen kommen, die vielen Unternehmen und vor allem den sogenannten kleinen und mittleren Unternehmen Forschungsförderung ermöglichen. Verfahren müssen offen gehalten werden. Sie müssen einfach gemacht werden.

Der zweite Punkt der Technologieoffenheit schließt sich daran an. Je stärker und je weiter ich eingrenze, umso weniger wird es interessant für kleine und mittlere Unternehmen, weil sie natürlich nicht täglich jedes Programm checken, sondern sie werden dann Innovationen durchführen, wenn bei ihnen der Bedarf besteht, und nicht, wenn das Programm aufgelegt worden ist.

Deswegen ist das ein Plädoyer für möglichst einfache und möglichst technologieoffene Förderungen, um Unternehmen dort abzuholen, wo sie herkommen, und sie nicht in einen Duktus reinzupressen, der sie letztlich am Markt nicht weiterbringt.

Thomas Kolbe (Bundesverband mittelständische Wirtschaft): Herr Dr. Berger, wir haben das Thema der Startup-Chancen generell noch mal explizit mit aufgenommen, weil wir der festen Überzeugung sind, dass volkswirtschaftlicher Wandel, Strukturwandel etc. nur da möglich sind, wo Wertschöpfung entsteht, das heißt, wenn wissensintensive Produkte in den Markt gehen, also von der Idee auch zur Innovation kommen. Wir glauben, dass das das Beste ist, um den Strukturwandel so zu bewältigen.

Wir haben das in der Stellungnahme auch extra noch mal so aufgebaut, dass im Grunde diese Idee als Ergebnis der Verzahnung von Hochschulpolitik und Unternehmensgründung in NRW für uns im Mittelpunkt stehen sollte. Deswegen haben wir diesen Punkt mit aufgenommen.

Dr. Monika Piegeler (Institut der deutschen Wirtschaft) (Stellungnahme 16/2104): Es ging um die Technologieoffenheit. Ein Punkt ist die Markteffizienz. Wenn die Politik eingreift und Märkte gezielt unterstützt, haben wir natürlich eine erhöhte Zahl an Anbietern. Es kommt zu einer Ineffizienz im Markt. Es entstehen Doppelausgaben. Das ist der eine Grund, der volkswirtschaftliche Grund von der Marktbetrachtung.

Der andere Grund ist schon angesprochen worden. Die Politik richtet auf sehr brisante und sehr populäre Technologien ihr Augenmerk, hat aber nicht den Überblick über das, was in der Breite in der Forschung passiert. Sie schließt damit Forschungsaktivitäten aus dem Mittelstand aktueller Art und auch aus dem Handwerk aus. Das ist nicht sinnvoll. Deshalb ist die Technologieoffenheit so immanent wichtig. Sie sollte auch wirklich in jedem Antrag und in jeder Politikmaßnahme ernst genommen werden.

Zum Antrag möchte ich auch noch etwas sagen. Dort wurde der Innovationsgutschein angesprochen. Es ist ausgesprochen sinnvoll, wenn versucht wird, die kleinen und mittleren Unternehmen, auch das Handwerk, insgesamt forschungsaffiner auszustatten. Für diejenigen, die sich eh schon interessieren, ist der Bürokratieabbau wesentlich. Aber es ist in einem ersten Schritt sehr notwendig, dem Handwerk selbst seine eigenen Potenziale aufzuzeigen, zu zeigen, dass es Einfluss haben kann auf aktuelle Forschungsaktivitäten.

Dazu gilt es für mich in einem ersten Schritt auch, Hemmnisse oder Schranken abzubauen. Es muss einen Ansprechpartner an der Universität geben. Es muss eine Anlaufstelle geben. Man kann bei Lehrstühlen anrufen und seine Ideen vorstellen. Das muss auch dem Handwerk klargemacht werden. Das ist ein wesentlicher Punkt. Die Ideen sind da. Die Frage ist: Was ist anwendungstechnisch tatsächlich machbar? Hier kann sichergestellt werden, dass die Forschung nicht an dem Bedarf und an der Praktikabilität und Marktfähigkeit vorbeigeht. Deshalb ist das so wichtig, dass auch wirklich Impulse aus den Unternehmen selbst, aus dem Handwerk selbst an den Forschungsbereich herangetragen werden.

Wenn wir auf die High-Tech-Startups gucken, die mit Sicherheit dieses starke Wachstum hervorbringen und diesen positiven Impuls auf die Innovationsfähigkeit und das Wachstum des Landes versprechen, ist das richtig. Aber ich möchte daran erinnern, dass dieser Punkt, hier Gründungsfähigkeiten zu aktivieren, eventuell einfach zeitlich schon zu spät kommt, weil er nur noch auf eine kleine Anzahl an Interessierten stoßen kann. Warum? Menschen, die sich in die Forschung und Entwicklung selektieren, tun dies durchaus bewusst. Die haben eventuell kein Interesse daran, tatsächlich Gründer zu werden.

Deshalb sollte hier auch noch mal darüber nachgedacht werden, dass Innovationsförderung nicht erst bei den fertigen Wissenschaftlern anfängt, sondern dass hier be-

reits ein erster Schritt in der Schule zu tun ist, um dort zu zeigen, dass Gründung ein alternativer Berufsweg zur abhängigen Beschäftigung ist. Die Gesellschaft ist insgesamt gründungsaffiner auszustatten.

Thomas Kolbe (Bundesverband mittelständische Wirtschaft): Herr Bayer hatte nach dem Breitbandausbau gefragt. Das ist zurzeit in aller Munde. Ich kann Ihnen aus der Praxis heraus sagen: Wir haben tatsächlich Unternehmen bei uns im Verband, die darüber klagen, dass sie teilweise weder Handyempfang noch regelmäßig Internetzugang haben. Ich rede jetzt über Unternehmen im Raum Paderborn. Teilweise können die stundenweise nicht mal ihre Handys benutzen. Das heißt, für uns hat das absolute Priorität. Wenn Infrastrukturinvestitionen zu tätigen sind, dann definitiv in dem Bereich. Denn so werden wir in großen Teilen unserer Wirtschaft abgehängt. Das ist keine Frage. Das kann ich nur bestätigen.

Dr. Matthias Mainz (IHK NRW): Zum Thema „Breitband“ sehe ich das ganz ähnlich. Herr Kolbe hat ja auch vom Infrastrukturausbau gesprochen. Das behandeln wir an anderer Stelle auch intensiv. Ob das jetzt aber auch eine Maßnahme der Forschungsförderung wäre, …. Ich glaube, das ist eine wesentliche Zukunftsaufgabe für das Land, dass wir den Breitbandausbau hinbekommen. Eine andere Aufgabe wird es sein, eine Forschungsförderung hinzubekommen, die den kleinen und mittleren Unternehmen hilft.

Sie hatten noch die Frage nach der KMU-Orientierung gestellt und Sie hatten noch mal konkret nach den Innovationszentren gefragt. KMU betreiben nicht so Innovationen wie es große Unternehmen machen. Dementsprechend müssen die Programme die KMU dort abholen, wo sie herkommen, an ihren Arbeitsabläufen, an den Produktionsabläufen, an den Notwendigkeiten, die sie haben. Das stellt an die Programme eine hohe Anforderung an die Flexibilität. Die Kollegen sitzen jetzt gerade in einer gut ausgebuchten Veranstaltung in Köln und erklären den Unternehmen, wie Horizont 2020 funktioniert. Das würde für KMU so nicht ausreichen.

Zu den Forschungszentren: Bei einer Veranstaltung vor einem Monat haben wir uns auch mit Netzwerken der Kreativwirtschaft auseinandergesetzt, die gerade in diesen Zentren überlegen, wie sie Marktgängigkeit erreichen können. Es stellt sich eher die Frage, ob das das Instrument für die breite Masse ist oder ob das das Instrument der Wahl sein kann, wenn es sich denn vor Ort gerade anbietet. Auch die beiden Beispiele, die Sie angesprochen haben, sind ja letztlich aus Kooperationen vor Ort entstanden und leisten einen guten Wert. Auch die Kollegen, die vor Ort von der IHK daran beteiligt waren, können das, glaube ich, bestätigen.

Dass das aber so planbar und aufbaubar ist, dass man sagt, jetzt schließen sich drei zu einem Zentrum zusammen, wage ich zu bezweifeln. Das ginge vielleicht ein bisschen weit, dem eine gesamtwirtschaftliche Bedeutung zu geben.

Die Flexibilität habe ich angesprochen. Man muss das Unternehmen dort abholen, wo es steht. Wenn es dann passt, kann das ein gutes Mittel sein.

Dr. Frank Maaß (Institut für Mittelstandsforschung): Zum Thema „Breitbandausbau“ möchte ich auf eine aktuelle Studie von uns verweisen zum IKT-Sektor in Deutschland, die vor Kurzem erschienen ist. Die hat ganz klar ergeben, dass die Güte des Breitbandausbaus entscheidend ist für die Unternehmensentwicklung in diesem Sektor. Die Studie hat sich an alle Unternehmen in Deutschland gewandt. Aber das gilt auch für Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hat bedingt durch seine Siedlungsstruktur einen leichten Vorteil gegenüber anderen Ländern. Aber der Zusammenhang ist ganz klar zu sehen. Allerdings kann ich – wie mein Vorredner – keinen direkten Bezug zu der Innovationspolitik herstellen, aber zu der Entwicklung der Unternehmen im IKT-Sektor sehr wohl.

Dann hatten Sie angesprochen die Frage der Forschungsförderung, die Finanzierung. Dazu hatten wir feststellen wollen, dass bei unseren Befragungen herauskommt, dass es eine bestimmte Gruppe von Unternehmen ist, die bei der Finanzierung ihrer Forschung benachteiligt ist. Das sind einmal die kleinen, weil sie schlicht die Ressourcen nicht haben, auch die personellen Ressourcen nicht. Das sind auch die jungen Unternehmen, im weitesten Sinne die Einsteiger, die noch keine Referenzen haben, die noch nicht auf erfolgreiche Projekte verweisen können. Wir baten darum, zu überlegen, ob man diese Neulinge nicht stärker in den Fokus stellen kann und deren Anliegen stärker berücksichtigen kann. Die anderen Unternehmen signalisieren uns, dass sie keine umfassenden Probleme haben bei der Finanzierung, was auch auf eine gewisse Professionalität bei der Akquise von Mitteln zurückzuführen sein kann.

Sie haben auch den Bürokratieabbau angesprochen. Da möchte ich gerne auch auf eine Studie verweisen, das BDI-Mittelstandspanel, das wir in unserem Institut in Bonn führen. Dort haben wir mehrfach schon abgefragt, welche die befördernden Faktoren, aber auch die Hemmnisse sind für Forschung und Entwicklung. Da zeigte sich, dass an dritter Stelle nach den langen Umsetzungszeiten und dem Mangel an Fachkräften dann die gesetzlichen Auflagen genannt werden, und zwar von immerhin einem Drittel der forschungsaktiven Unternehmen. Allerdings – das ist, denke ich, ein sehr positives Signal gegenüber der Befragung zwei Jahre davor – ist der Wert deutlich zurückgegangen um fast 5 %. Hier hat sich offensichtlich viel getan. Von daher ist das auch ein positiver Hinweis, der letztlich auch auf politische Aktivitäten zurückzuführen sein muss.

Als letzten Punkt hatten Sie die horizontalen Kooperationen angesprochen. Da haben Sie die Kooperationen ausgewählt, die nach unserer Erfahrung am riskantesten sind. Sie wollten wissen, wie man die fördern kann. Wenn ich die Unterlagen richtig verstehe, kommen auch diese in den Genuss von finanziellen Unterstützungsleistungen. Unsere Forschung ergibt, dass die Probleme aber im Wesentlichen während der Kooperationen auftauchen.

Es muss also nicht nur darum gehen, diesen Unternehmen Einstiegshilfen in solche Kooperationen zu geben, indem man Beziehungsnetzwerke gründet und hier auch seitens der Wissenschaft Kontaktmöglichkeiten schafft, sondern genau zu gucken, wie so etwas umgesetzt wird. Es braucht Moderatoren, Musterverträge. Das Management solcher Kooperationen ist hoch diffizil. Wir wissen, viele Unternehmen wa-

gen sich daran, aber man sollte auch die Risiken thematisieren, die mit diesem Konstrukt, mit diesem Managementkonzept verbunden sind.

Dr. Monika Piegeler (Institut der deutschen Wirtschaft): Angesprochen war der Breitbandausbau. Das ist sicherlich ein zentrales Thema. Das ist natürlich eine infrastrukturelle Aufgabenstellung. Das ist aber entscheidend für die Innovationen vor dem Hintergrund „Internet der zwei Geschwindigkeiten“, dass Unternehmen allein durch ihren besseren Zugang einen kompetitiven Vorteil haben. Das soll nicht der Fall sein.

Prof. Dr. Martin Sternberg (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen) (Stellungnahme 16/2051): Ich gehe auf die Frage nach Standorten ein. Wir haben ja gerade eine Phase des Ausbaus von Standorten hinter uns. Es sind ja im Fachhochschulbereich vier neue Hochschulen und sechs weitere Standorte errichtet worden. Das hat sich im Großen und Ganzen auch bewährt. Das ist natürlich eine sehr aufwendige und sehr teure Methode, um Wirtschaft und Wissenschaft zusammenzubringen. Das wird sich nicht beliebig so fortsetzen lassen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen ja 30 Universitäten und Fachhochschulen. Wir haben sicherlich etwa 40 Standorte. Die Dichte ist schon recht hoch. Man kann auch keine Ministandorte machen. Wir gehen davon aus, dass an einem Standort Lehre und Forschung vereint sind. Das kann man nur vernünftig machen, wenn ein Mindestmaß an Studierenden und Forschungskapazität da ist. Das hat keinen Zweck, da 50 Studierende oder so an einem Standort zu haben. Dann kann man auch keine Forschung machen.

Ich meine, dass wir schon eine recht gute räumliche Verteilung haben. Ich würde aber nicht ausschließen, dass es noch zu einer Gründung in diesem Land kommt, wenn es jetzt tatsächlich eine Region gibt mit einem nennenswerten, wirklich bedeutenden Bedarf und auch einem Potenzial, wenn also Industrie da ist und junge Menschen da sind, die gerne auch in dieser Region bleiben wollen, die dort lernen wollen, und wenn Unternehmen in dieser Region mit Hochschulen gemeinsam forschen wollen.

Alfred Schillert (PROvendis GmbH): Sie hatten gefragt, wie weit die Politik unterstützen kann, den Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft weiter zu beflügeln. Aus meiner Sicht sind da vier Punkte entscheidend. Zum Teil habe ich dazu gerade schon Ausführungen getätigt. Von daher fasse ich mich kurz.

Validierung – das hatte ich ausgeführt – ist ganz wichtig.

Patentierungskosten hatte ich auch gerade schon angeschnitten hinsichtlich der Grundlagenpatente. Aber das ist grundsätzlich ein Problem. Die Hochschulen melden tendenziell im Moment immer weniger Patente an, weil die laufenden Patente einfach so hohe Kosten verursachen, dass man hier noch selektiver vorgehen muss als es eigentlich für die Sache, für die Unternehmen, für die Volkswirtschaft sinnvoll wäre. Das ist eine große Herausforderung in der Praxis.

Die Dienstleistungen, die wir, die auch rubitec und andere für die Hochschulen erbringen, sind, glaube ich, an der Stelle ganz wichtig und bedürfen einer weiteren Unterstützung.

Das ist eine große Herausforderung, Dienstleistungen zu erbringen für beispielsweise über 30 Hochschulen, die alle unterschiedlich ausgerichtet sind. Das ist eine Herausforderung, der sich die Hochschulen und PROvendis und rubitec stellen, und zwar in der Form, dass wir auch seit längerer Zeit gemeinsam an Geschäftsmodellen arbeiten und das im Rahmen des letzten Jahres auch zum Abschluss gebracht haben.

Die Lösung ist eigentlich für jeden relativ nahe liegend. Es muss in modularen Systemen gedacht werden. Genau so wird das in Zukunft auch laufen. Das heißt, wir als PROvendis bieten Dienstleistungen für alle Hochschulen an. Aber da die Hochschulen unterschiedlich groß sind und unterschiedlich aufgestellt sind, wird das auch in unterschiedlichen Modulen abrufbar und nutzbar sein, um dem Rechnung zu tragen. Das wurde gemeinsam mit den Hochschulen erarbeitet und beschlossen und es wurden auch neue Verträge dazu abgeschlossen.

Es wird damit nicht abgeschlossen sein. Das System muss und wird sich immer weiterentwickeln, weil sich die Rahmenbedingungen für die Hochschulen verändern, weil sich die Bedarfe verändern. Dem wird man sich im Gesamtsystem der NRW-Hochschulen mit der gemeinsamen Tochtergesellschaft einfach anpassen müssen und wollen. An der Stelle sind wir ganz aktiv.

Dienstleistungen sind also ein wichtiger Punkt.

Auch das Thema „Patentscouts“ ist wichtig. Die Unterstützung der Patentscouts, also von Personen, die an der Hochschule angestellt sind und dort operativ unterstützen, die Erschließungsarbeit durchzuführen und das ganze Thema „Transfer“ voranzutreiben, ist ganz wichtig und essenziell für die Zukunft.

Insgesamt ist das ein Themenfeld, das trotz aller Unkenrufe sehr erfolgreich ist, wenn man sich anschaut, was man eigentlich erreichen kann in dem Feld. Ich möchte dazu ein paar Zahlen liefern.

Wir vermarkten als Patentverwertungsgesellschaften in Nordrhein-Westfalen ja eigentlich nur die Erfindungen, die nicht schon im Rahmen von Auftragsforschung sowieso an die Unternehmen gehen. Ein Großteil der Erfindungen, der im Rahmen von Kooperationen entsteht, kommt auch nicht zu den Verwertungsgesellschaften, sondern primär kümmern wir uns um die ungebundenen – so nennt sich das – Erfindungen und versuchen, diese möglichen Innovationen, dieses Innovationspotenzial für die Unternehmen erschließbar zu machen. Das heißt, wir bieten diese an.

Wir haben beispielsweise mit 1.000 verschiedenen Unternehmen im Jahr Gespräche zu ganz konkreten Technologien, bei denen wir darüber sprechen, inwieweit das für die interessant ist. Damit machen wir gleichzeitig sehr, sehr viel Werbung für exzellente Wissenschaft an den Hochschulen. Wir legen denen dar, welche Kompetenzen und welche potenziellen Möglichkeiten für die Zukunft für Kooperationen es dort gibt.

Wir haben ungefähr 80 neue Priopatentanmeldungen im Jahr. Wir haben im letzten Jahr über 40 Verwertungsabschlüsse getätigt. Wenn man es so rechnet, ist das eine Erfolgsquote von über 50 %. Das ist auch klasse. Das sind Innovationen, die zusätzlich in die Wirtschaft kommen, die sonst den Weg nicht gefunden hätten, und das Potenzial für neue zukunftsträchtige Arbeitsplätze beinhalten. Das ist eine sehr sinnvolle und wichtige Geschichte.

Dr. Frank Maaß (Institut für Mittelstandsforschung): Sie hatten nach den Defiziten gefragt. Ich will gerne auf zwei Punkte eingehen.

Ich habe eben erwähnt, dass wir in Kürze eine Studie veröffentlichen werden zu den Wissenschaftlern in Deutschland. Wir haben die Frage behandelt, wie gründungswillig die sind. Wir haben über 6.000 Wissenschaftler befragt. Es hat sich gezeigt, dass die Kenntnis über die Beratungs- und Förderstrukturen an den Hochschulen niedrig ausgeprägt ist. Die liegt ungefähr bei einem Drittel der Personen, die überhaupt wussten, dass dort Strukturen bestehen. Eine Minderheit dieser Personen nutzt diese dann auch, um ihre eigene Gründungsidee voranzutreiben.

Ich denke, wenn man diese Strukturen hat und die gut sind – fast alle Hochschulen verfügen mittlerweile über solche Einrichtungen –, dann sollte die Bekanntheit unter den Wissenschaftlern an den Hochschulen erhöht werden, um hier Personen, die eine Gründungsidee haben, auch Anreize zu geben, diese auch in Anspruch zu nehmen.

Angela Freimuth (FDP): Das ist also kein objektiver Mangel an qualifizierten Persönlichkeiten, sondern es fehlt ein bisschen der Wille oder der Anstupser?

Dr. Frank Maaß (Institut für Mittelstandsforschung): Das weiß ich nicht. Wir können nur feststellen, dass wir eine gewisse Gruppe an Wissenschaftlern haben, die gründungsbereit sind, und dass die nicht alle die Möglichkeiten nutzen, die ihnen geboten werden. Das wirft Fragen auf. Auch Ideen können daraus entstehen, wie man da weiter gehen kann.

Ich möchte auch auf Herrn Schillert eingehen. Sie hatten die Patentverwertung angesprochen. Unter den einzelnen Kategorien Gründerangebote an Hochschulen war die Patentverwertungsagentur am unbekanntesten. Da könnte man sicherlich mehr tun, um diese Idee weiter voranzubringen.

Auf die brachliegenden Patente in den Hochschulen würde ich gerne kurz eingehen. Rund die Hälfte aller Wissenschaftler, die wir befragt haben, sind der Auffassung, dass an ihrem Lehrstuhl und auch möglicherweise in ihrem direkten Arbeitsumfeld Patente oder andere Schutzrechte vorliegen, die marktlich verwertbar wären, aber ungenutzt bleiben. Das ist natürlich eine sehr hohe Zahl. Da ist ein Schatz zu heben.

In unserer Studie zeigte sich, dass Wissenschaftlerinnen seltener bereit sind, den Weg in die Selbstständigkeit zu nehmen als ihre männlichen Kollegen. Das hatte auch schon eine frühere Studie unseres Institutes ergeben, Gender und Innovation. Das hat einen Branchenhintergrund. Frauen gründen in Branchen, in denen per se

weniger Innovationstätigkeit erfolgt. Sie stehen auch kleineren Unternehmenseinheiten vor, die ja auch benachteiligt sind. Es gibt viele Gründe, warum Frauen da zurückhaltender sind.

Aber die damalige Studie kam auch zu dem Ergebnis, dass dahinter noch andere Gründe stehen müssen, darunter auch ein anderes Rollenverständnis.

Die neue Studie bestätigt das. Es wäre also zu überlegen – unser Institut forscht auch in dem Bereich weiter –, wie man Frauen stärker dazu bewegen kann. Denn sie sind nicht grundsätzlich weniger bereit. Aber offenbar gibt es da Hemmnisse, die wir noch nicht entdeckt haben.

Prof. Dr. Klaus Becker (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen): Ich würde gerne die Gelegenheit nutzen, zu meinem Vorredner aus der Praxis noch das eine oder andere anzumerken. Im Bereich der Existenzgründungen sind die Hochschulen unterschiedlich weit. Diejenigen, die an den Bundesförderprogrammen – zuletzt der vierten Förderphase – teilhaben konnten, sind natürlich ein bisschen weiter als diejenigen, die das nicht konnten.

Deswegen haben wir in unserer Stellungnahme noch mal ausgeführt, dass wir jetzt im Rahmen der strategischen Ausrichtung der Hochschulen im Bereich Existenzgründung über Fördermaßnahmen nachdenken sollten. Ich denke, dass im Rahmen der anstehenden EFRE-Programme eine entsprechende Linie aufgesetzt wird. Da ist noch die eine oder andere Botschaft ins Hause hinein zu kommunizieren. Das gilt auch bei den Erfindungen. Der eine oder andere Wissenschaftler oder die eine oder andere Wissenschaftlerin überschätzen manchmal die Marktfähigkeit ihrer eigenen Erfindung.

Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit PROvendis können wir, glaube ich, gemeinsam sagen, dass das sehr erfolgreich ist, dass die Hochschulen des Landes Gesellschafter sind von PROvendis und wir konstruktiv zusammenarbeiten und uns dieser Herausforderung gemeinsam stellen. Wir sind schon einen guten Teil des Weges gegangen. Aber der Weg ist noch weit. Gemeinsam sind wir aber insgesamt auf einem guten Weg.

Im Hinblick auf die KMU glauben wir schon, dass da noch Potenzial zu heben ist durch das Verorten und den Ausbau der Beratungsstrukturen an den Hochschulen, weil wir ja guten Zugang zu unseren eigenen Einrichtungen haben.

Das, was Frau Freimuth angesprochen hat, ist schon die Kommunikation: Da ist die Tür. – Das ist die Chance. Da fehlt es teilweise in den Hochschulen an den Kapazitäten. Hier wären ja Wettbewerbe möglich.

Im Hinblick auf die Technologieoffenheit ist zu beobachten, dass sowohl auf europäischer Ebene, Horizont 2020, als auch auf nationaler Ebene, sei es mit der neuen Hightech-Strategie des Bundes, oder auch auf der regionalen Ebene, sei es durch die Innovationsstrategie oder „Fortschritt NRW“, schon sehr, sehr viele Themen vorgegeben werden mit genau dem Effekt, den die Kollegin vom IW eben angesprochen hat. Wir sollten schon darüber nachdenken, ob wir nicht die eine oder andere Tür offen halten für technologie- und themenoffene Angebote. An diesen Stellen der Dis-

kussion immer nur auf die DFG zu verweisen, ist, glaube ich, ein bisschen schwierig, wenn wir über den Transfer nachdenken. Das ist nämlich immer die Standardantwort, wenn wir das diskutieren: Dann geht doch zur DFG! – Nur hilft uns das beim Transfer wenig.

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Verwertung möchte noch etwas unterstreichen, was Herr Schillert dargestellt hatte. Wir sind uns in den Hochschulen schon bewusst, dass wir bei der einen oder anderen Erfindungsmeldung, bei dem einen oder anderen Patent noch weiter daran arbeiten müssen. Dann ist die Frage, wie wir das finanziert bekommen. Da würden entsprechende Validierungsmittel helfen.

Dr. Monika Piegeler (Institut der deutschen Wirtschaft): Ich möchte noch mal auf die Aussagen von Herrn Dr. Maaß zurückkommen. Ich finde es sehr, sehr interessant, dass Sie die Gründungsaffinität von Forscherinnen, von Frauen angesprochen haben und dort auch noch eine Zielgruppe mit Potenzialen herausgestellt haben.

Nach den Daten vom Flash Eurobarometer sagen in der EU 27 im Schnitt 30 % der Befragten, eine Gründung in den nächsten fünf Jahren ist wünschenswert. In Deutschland sind es 17. Das ist erst mal ein ganz allgemeiner Trend in Deutschland.

Sie haben speziell die Frauen angesprochen. Das ist richtig. Die sind auch nach unseren Studien – auch in „Small Business Economics“ veröffentlicht – signifikant weniger gründungsaffin als Männer. In dem Moment, in dem sie es äußern, sind es auch nicht nur kulturelle und finanzielle Barrieren, sondern es ist tatsächlich die Präferenz. Natürlich resultiert die Präferenz aus den Umgebungsfaktoren. Das ist keine Frage. Aber so wie die Gesellschaft sich jetzt gestaltet, ist die Präferenz tatsächlich geringer ausgeprägt.

Hier auch noch mal mein Appell: Nicht erst in den Universitäten an die Forscherinnen und Forscher herantreten, sondern schon einen Schritt früher, wie es das BMWi auch gemacht hat mit „Unternehmergeist in die Schulen“ oder „JUNIOR – Schüler erleben Wirtschaft“! Hier ist schon das Bewusstsein zu schaffen für die Gründung als Alternative im beruflichen Werdegang!

Dr. Karsten W. Lemke (ZENIT GmbH): Ich möchte zu einem Punkt von Frau Freimuth noch mal Stellung nehmen, Stichwort Technologieoffenheit. Wir können hier ein Plädoyer seitens der KMU abgeben für technologieoffene Programme wie ZIM, das Sie sicherlich alle kennen werden.

Natürlich beraten wir auch diejenigen KMU, die sich ohne Probleme in den Förderstrukturen wie den BMBF-Fachprogrammen bewegen können und die jetzt auch am neuen EU-Rahmenprogramm Horizont 2020 teilnehmen. Aber das sind Programme, die schon eine gewisse Grunderfahrung voraussetzen.

ZIM ist deswegen so erfolgreich und in NRW der Innovationsgutschein oder der Innovationsassistent, weil das alles technologieoffene Programme sind. Das heißt, die Bürokratiehürde für KMU ist groß genug, um sich überhaupt mit der Abwicklung eines Förderantrags zu beschäftigen. Dann wäre ja noch das Spezifikum zu erfüllen, dann auch noch genau in eine kleine Themensäule hineinzupassen.

Deswegen sind wir ganz klar für den Ausbau technologieoffener Programme, um letztendlich dann auch die Erfolgsleiter hochzuklettern, um dann auch an spezifischen Förderprogrammen teilzunehmen, die eine größere Erfahrung voraussetzen.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Ich habe nur eine Frage an Herrn Dr. Maaß. Ich bin bei Ihren Ausführungen zur Ihrer Studie sehr hellhörig geworden. Sie sagten, es gibt auf der einen Seite genügend Gründungswillige, die aber die gebotenen Fördermöglichkeiten nicht nutzen oder nichts darüber wissen.

Auf der anderen Seite: Geht aus Ihrer Studie auch hervor oder können Sie dazu eine Aussage machen, inwiefern für potenziell Gründungswillige – Sie sagten ja auch, da wären noch einige Schätze an Erkenntnissen zu heben – das erhebliche Mehr an kaufmännischer Aktivität bei einer Gründung abschreckend wirkt und ob Sie dort Möglichkeiten sehen, diesen Wissenschaftlern Support zu leisten im kaufmännischen Bereich?

Dr. Frank Maaß (Institut für Mittelstandsforschung): Zu dem Hintergrund der Studie: Es sind nur Wissenschaftler an Hochschulen, potenzielle Gründer von Spin-offs, die hier betrachtet werden.

Sie sprachen das Potenzial an. Wir haben Personen in der Vorgründungsphase befragt, also Personen in unterschiedlichen Stadien bis hin zur Markteinführung. Wir wissen, dass da Potenziale bestehen.

Wir wissen, dass die wichtigsten Faktoren, die diese Personen dazu befähigen, erfolgreich zu gründen, darin bestehen, dass sie die Innovation, die die Basis ist, selbst erstellt haben, dass sie mit daran beteiligt waren, und zum Zweiten dass sie persönliche Beziehungen zu Externen haben. Das ist zum einen die Gruppe der anderen Wissenschaftler an anderen Forschungseinrichtungen und Hochschulen, nicht aus dem eigenen Stall, sondern darüber hinausgehend, und zum Zweiten sind das Personen, die in der Wirtschaft tätig sind. Das heißt, im Privaten hat man Vorbilder, hat man auch Kontakte zu potenziellen Kunden und Lieferanten. Dieses Marktwissen muss eigentlich vorhanden sein, um überhaupt in der Lage zu sein, diesen Weg zu beschreiten. Der dritte Punkt sind die Peer-Effekte, also dass man gute Vorbilder hat, die dann – egal, wo – im persönlichen Umfeld bestehen. Aus diesem Kranz an Faktoren erwächst die Fähigkeit, aus der Hochschule heraus ein Spin-off zu gründen.

Also ein Stück weit muss die kaufmännische Seite letztlich durch Erfahrung und durch Kontakt zur Wirtschaft erworben sein. Inwieweit hier ein konkretes Bildungsdefizit besteht, können wir aus den Daten so nicht herauslesen. Das müsste man dann tiefer ergründen. Aber das kann gut sein, dass es häufig daran fehlt.

Oliver Bayer (PIRATEN): Ich habe noch Rückfragen, zunächst zur Technologieoffenheit an Herrn Mainz und Frau Piegeler. Sie hatten sich ja für Technologiefreiheit ausgesprochen für Forschung und für Programme und auch gesagt, gezielte Förderung kann ineffizient sein. War das vor allen Dingen Kritik an dem Ausmaß der Projektförderung vor allem des BMBF und an Horizont, also daran, wie da spezielle

Ideen gefördert werden und andere eben nicht, und ein Aufruf, Steuerungs- und Lenkungswirkung nicht bei der Forschungsförderung zu suchen, sondern eher an anderer Stelle? Ein Beispiel ist die Elektromobilität. Da kann man ja einmal sagen, man fördert ganz gezielt Entwicklungen in dem Bereich, in der Forschung zur Elektromobilität, Batterien usw. Man kann aber auch sagen, wir haben eine Kfz-Steuer-Befreiung und das ist auch eine Förderung. War das so zu verstehen?

An Herrn Ebling und Herrn Becker habe ich die Frage: Gilt das gleichermaßen für die Hochschulen?

An Herrn Schillert habe ich noch die Frage: Welchen Anteil haben die Patentscouts bzw. die Patentverwertung und der Technologietransfer an der Finanzierung der freien Forschung? Herr Maaß sagte eben, dass ein Schatz zu heben ist. Herr Becker sagte aber, das kostet. Im Grunde reden wir ja über ein Investment. Da schließt sich die Frage an: Ist das Risiko, in dieses Patent zu investieren, für die Hochschulen derzeit zu groß?

Dr. Matthias Mainz (IHK NRW): Um es ganz kurz zu machen, würde ich sagen: Wir haben es in der Diskussion zwei- oder dreimal angesprochen. Ich würde mich Herrn Becker und dem Kollegen eben anschließen wollen. Technologieoffenheit heißt natürlich auch, dass man Themen vorgeben kann, aber dass man sich darin so weit wie möglich bewegen kann. Die Lenkungswirkung innerhalb eines Programms darf nicht so hoch sein. Die Vorredner haben es besser dargestellt, als ich es vielleicht ausdrücken kann. Die Bewegungsfreiheit darf nicht zu stark eingeschränkt werden. ZIM wurde als Vorbild gewählt. Das sind Instrumente, mit denen KMU umgehen können. Die sind nicht lenkungsfrei. Da wird auch gezielt auf Maßnahmen eingewirkt, ohne aber zu sagen, was man konkret zu tun hat.

Das noch mal dazu: Wie offen muss eine solche Förderung sein? Muss absolute Freiheit herrschen? Dann wären wir ja auch schon wieder in der Diskussion um die steuerliche Forschungsförderung. Das ist anfangs auch angeschnitten worden. Hier sehen wir natürlich auch durchaus einen Nutzen auch für Deutschland – das haben wir auch aufgeschrieben –, eine verlässliche längerfristige Förderperspektive zu schaffen. Das sind aber – wenn ich in Instrumenten denke – zwei Paar Schuhe.

Dr. Monika Piegeler (Institut der deutschen Wirtschaft): Vielleicht muss man hier einfach unterscheiden zwischen Themenvorgabe und Technologievorgabe. Es gibt ja Projekte, die unter bestimmten Themen laufen. Aber wie diese Themen bearbeitet werden, ist frei zu gestalten. Das ist auch durchaus ein sinnvoller Wert. Nur sich gezielt auf Technologien zu beschränken und gezielt bestimmte Segmente zu fördern, das ist nicht zielführend, weil es zu den eben schon erläuterten Ineffizienzen führt.

Dr. Dirk G. Ebling (InnovationsAllianz der NRW-Hochschulen e. V.): Ich kann das nur sehr deutlich unterstreichen, auch aus Hochschulsicht. Wenn man die Technologien zu sehr einschränkt, führt das wirklich zu einer Inhibierung der Forschung auch an den Hochschulen. Gewisse Entwicklungen, Entwicklungszyklen können nicht weiterentwickelt werden, weil dann nur im Fünfjahreszyklus genau die Thematik wieder

in der Forschung drankommt. Das führt dazu, dass es immer wieder stehen bleibt und neu angetreten werden muss. Deshalb ist es wichtig, dass eine laufende Technologie auch weiterlaufen kann und nicht durch diesen Wettbewerb der Technologien dann ausgebremst wird.

Prof. Dr. Klaus Becker (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen): Ich komme noch mal auf Patente und Patentverwertung an Hochschulen zurück. Die Hochschulen haben die gesetzliche Aufgabe, das Arbeitnehmererfindergesetz umzusetzen. Die aktuellen Fördermaßnahmen helfen uns dabei, genau dieser Verantwortung gerecht zu werden. Im Prinzip sind wir in der Grundfinanzierung dafür nicht ausgestattet, genau diesen Job zu machen. Momentan helfen uns eben die entsprechenden Fördermaßnahmen. Wie ich eben schon ausführte, sind wir dabei, das zu professionalisieren. Aber es ist schon mit einem dicken Fragezeichen zu versehen, ob das jemals eine weitere Säule der Hochschulfinanzierung sein wird. Ich glaube, die wenigsten im Saal sind davon überzeugt, dass Lizenzeinnahmen hinterher die Hochschulen refinanzieren werden. Es ist schon in gewisser Hinsicht, kann man sagen, ein Zuschussgeschäft.

Amt. Vorsitzender Karl Schultheis: Da spielt das Prinzip Hoffnung eine Rolle.

Prof. Dr. Klaus Becker (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen): Die USA sind uns ja 20 Jahre voraus mit ihrem Bayh-Dole-Act. Die Profis betreiben den Technologietransfer dort schon in ganz anderen Dimensionen. Das gilt auch für England. Da gibt es einzelne Blockbuster, die dann gerne genannt werden. Aber in der breiten Masse sieht das anders aus. Die brauchen auch Jahrzehnte, bis sie in schwarze Zahlen kommen.

Amt. Vorsitzender Karl Schultheis: So ist das. Wir haben uns als Ausschuss vor einigen Jahren dort auch schon mal kundig gemacht. Das ist sehr unterschiedlich. Das funktioniert auf lange Sicht. Teilweise sind es auch Glücksfälle, die dazu führen, dass sich bestimmte Hochschulen und Einrichtungen finanziell darauf verlassen können.

Prof. Dr. Klaus Becker (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen): Eine Anmerkung möchte ich noch nachschieben. Der professionelle Umgang mit dem Thema „Schutzrechte“ ist natürlich wichtig für die Kooperation mit den Unternehmen. Das erwarten die von uns. Das ist noch ein weiterer Punkt neben der Frage: Verwerte ich das jetzt? – Gerade beim Verhandeln von Kooperationsverträgen ist das sehr, sehr wichtig, dass wir kompetente Ansprechpartner an den jeweiligen Wissenschaftseinrichtungen haben. Für jedes Projekt gibt es wieder andere Ecken und Winkel, die man ausleuchten muss, um da zu professionellen Lösungen zu kommen. Das darf man also nicht unterschätzen.

Alfred Schillert (PROvendis GmbH): Ich kann mich dem anschließen und vielleicht noch ein paar weitere Ausführungen dazu machen. Diese Professionalität ist ganz, ganz entscheidend. Dazu zählen auch Punkte wie die Haftung. Die Hochschulen müssen natürlich für die Sachen, die sie machen und einbringen, auch haften. In solchen Verträgen sind solche Punkte auch geregelt. Dann darf man nicht gegen den EU-Beihilferahmen verstoßen. Das heißt, die Sachen müssen zur Marktüblichkeit abgegeben werden und ähnliches mehr. Das ist eine ganze Menge Verantwortung. Da muss man sehr, sehr viele Kompetenzen in verschiedenen Bereichen haben, von Markt, von Patenten, von Technologien, um das dann entsprechend zu erkennen und auch professionell zu verhandeln, damit man nicht in Teufels Küche kommt. Das ist eine Herausforderung, der sich die Hochschulen stellen müssen mit unserer Unterstützung und der anderer Einrichtungen.

Transfer ist ganz eindeutig ein Zuschussgeschäft. Das muss man so sehen. Ihre Ausführungen zu Amerika stimmen uneingeschränkt. Das sind übrigens fast alles private Unis, die damit Geld verdienen. Das sind vielleicht zwei Hände voll, die damit wirklich Geld verdienen. Trotzdem wird das weltweit immer stärker betrieben. Das ist eine Investition in die Zukunft, aber volkswirtschaftlich in die Zukunft. Mit großen Einnahmen kann man nicht rechnen, auch wenn man im Einzelfall vielleicht mal Glück haben kann.

Ich habe jetzt nur die Zahlen von Deutschland insgesamt vor Augen. Für die Forschung in Hochschulen werden ungefähr 14 Milliarden € ausgegeben. Ungefähr zwei bis drei Promille der gleichen Summe werden für die schutzrechtliche Sicherung und den Transfer ausgegeben. Von daher, glaube ich, ist da ein bisschen Luft nach oben, um das Potenzial der Hochschulen für die Unternehmen und gerade KMU auch nutzbar zu machen.

Abschließend noch eine Bemerkung zum Thema „Existenzgründung“: Da kann ich Herrn Becker nur zustimmen. Die Hochschulen sind grundsätzlich gut, aber doch sehr unterschiedlich aufgestellt, je nachdem, wie sie in der Vergangenheit auch an Programmen von EXIST usw. haben partizipieren können und dort jetzt auch involviert sind.

Den technologiebasierten Existenzgründungen, die ja letztendlich nur einen kleinen Anteil von allen Existenzgründungen ausmachen – ich schätze, zwei Drittel sind nicht patent- und technologiebasiert, manchmal auch drei Viertel – fehlt aus unserer Sicht sehr häufig eine notwendige Breitbandigkeit, um überhaupt mittel- und langfristig erfolgreich am Markt sein zu können. Sie sind häufig einfach zu eng fokussiert. Dadurch werden viele leider nicht erfolgreich und fahren letztendlich vor die Wand.

Dort sind vielleicht auch noch Ansatzpunkte, wo man sich über Programme und ähnliche Unterstützungsmaßnahmen Gedanken machen könnte, um denjenigen, die mit einer guten auch technischen Idee starten wollen, die vielleicht so anzureichern, dass die Erfolgschancen und Überlebenschancen einfach steigen.

Dietmar Bell (SPD): Das schließt sich ein bisschen an, weil ich noch mal den Blick auf die sogenannten alten jungen Unternehmen werfen möchte und auf die Frage

Zugang zu entsprechenden Förderprogrammen. Meine Frage richtet sich an die InnovationsAllianz. Sie beschreiben ja in Ihrer Stellungnahme, dass diese bestehende Lücke, die aus unserer Sicht auch da ist – wir haben uns ja auch mit der Problematik befasst –, möglicherweise geschlossen werden könnte mit einer Orientierung in der Ausgestaltung an dem hessischen Programm LOEWE. Was sind die wesentlichen Eckpunkte des Programms? Haben Sie vergleichbare Programme auch in anderen Bundesländern identifizieren können?

Dr. Dirk G. Ebling (InnovationsAllianz der NRW-Hochschulen e. V.): Danke für die Frage. Wir sehen natürlich diese Lücke zum einen beim Übergang von Gründungsunternehmen zu etablierten KMU. Da sehen wir eine entscheidende Lücke in der Förderlandschaft. Das heißt, die jungen Unternehmen sind auf der einen Seite noch nicht ZIM-fähig, weil sie einfach noch nicht genug Eigenkapital aufweisen können, noch nicht zahlungskräftig genug sind, nicht genug Risikokapital haben. Auf der anderen Seite sind sie aber eben schon über die EXIST-Förderung hinausgewachsen. Da besteht aus meiner Sicht eine ganz erhebliche Lücke, die dringend gestopft werden müsste.

Das LOEWE-Programm ist in der Kooperationsförderung eigentlich analog zu dem TRAFO-Programm zu bewerten. Da sehen wir im Moment ein großes Defizit in Nordrhein-Westfalen. Da müsste aus unserer Sicht etwas getan werden. Da gibt es im Moment aus den anderen Bundesländern nicht so sehr viele Beispiele. Deshalb haben wir jetzt mal bewusst das LOEWE-Programm mit nach vorne gestellt und gesagt, dass das eigentlich gefördert werden muss.

In dem LOEWE-Programm gibt es noch andere Initiativen, wie die Gründung von Zentren, die wir auch für sehr wichtig halten, um auch neuen Ideen aus der Grundlagenforschung Raum zu geben. Das ist für uns ein Thema, bei dem wir vor allen Dingen Grundlagenforschung und Transfer verbinden würden und eine echte Chance sehen, dann auch mit den Unternehmen zusammen etwas aufzubauen, was den Weg von der Grundlagenforschung in die Anwendung verkürzen könnte.

Amt. Vorsitzender Karl Schultheis: Gibt es weitere Fragen? – Wenn das nicht der Fall ist, möchte ich Ihnen die Gelegenheit geben, die eine oder andere Position, die Sie den Abgeordneten noch mit auf den Weg geben möchten, vorzutragen. Zunächst frage ich die beiden Teilnehmer, die bisher noch nicht angesprochen worden sind. Das sind Herr Mornhinweg und Frau Dr. Beller.

Kai Mornhinweg (Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.) (Stellungnahme 16/2107): Ich möchte noch zwei Aspekte kurz aufgreifen.

Das eine ist – ich bin mir nicht sicher, ob das bedacht erfolgt ist oder grundvorausgesetzt wurde –: Wir stellen fest, wenn wir die Thematik „Forschungsförderung im Mittelstand“ mit unseren Unternehmen diskutieren, dass immer wieder das Thema „Mittelstandsbegriff der EU“ diskutiert wird. Das ist sicherlich ein wirklich sehr, sehr großes Brett. Aber es bedingt natürlich jede Menge Restriktionen. Bei allen möglichen

Förderprogrammen, die wir haben, sind sie auf diesen Förderbegriff zurückgeworfen, gerade wenn sie EU-Mittel allein oder kofinanziert nehmen. Deshalb müssen wir, glaube ich, jede sich bietende Gelegenheit wahrnehmen, um darauf hinzuweisen, dass der EU-Mittelstandsbegriff die Wirklichkeit des gerade industriellen Mittelstands in Deutschland überhaupt nicht wiedergibt.

Es ist also wichtig, diese Thematik gegenüber der Bundesregierung für ihre Aktivität gegenüber Brüssel zu adressieren und auch im Rahmen der Eigenaktivitäten zu adressieren. Es ist aber auch wichtig, in den eigenen Programmen wirklich zu gucken: Wo spreche ich wirklich Kleinst-KMU an? Wo spreche ich eigentlich alle an und muss mich nicht ohne Not auch noch auf diesen EU-Begriff beschränken? Das haben wir an verschiedenen Ecken immer wieder. Wir haben es teilweise auch auf der Bundesebene bei verschiedenen Programmen, wo es gar keine Notwendigkeit gibt, das auch zu verwenden. Es wird aber tatsächlich teilweise schematisch übernommen. Davor warnen wir ein bisschen.

Wir würden raten, das, soweit es möglich ist, im Rahmen des Antrags noch zu implementieren, und soweit nicht, das zumindest noch im Rahmen der Innovationsoffensive Mittelstand zu benutzen.

Als zweiten Punkt wollte ich noch mal – das wird vielleicht nicht so besonders überraschen – eine Lanze für die steuerliche Forschungsförderung brechen. Sie helfen gerade den Mittelständlern. Sie ist sicherlich nicht nur für den Mittelstand und gerade nicht nur für den kleineren Mittelstand hilfreich, sondern überall bei den Unternehmen, weil sie letzten Endes übrigens auch eine Wettbewerbsungleichheit im Vergleich zu Konkurrenten in anderen Ländern ausgleicht. Dort überall gibt es dieses Instrument schon. Es wird ja immer wieder gesagt, es gibt Anwendungsprobleme, wenn man es hier machen würde. Es ist eigentlich in den meisten Wettbewerbsländern schon Realität, zu der man einfach nur aufschließen würde.

Es wird manchmal ein bisschen die Schimäre gebracht, die steuerliche Forschungsförderung würde sich vor allem an die Unternehmen wenden, die eigentlich keine wirkliche Innovation vorweisen könnten. Das Problem ist nicht die Kompetenz der Unternehmen. Es ist schlicht die Kapazität. Dann wird überlegt, ob man in einem Betrieb die Innovation voranbringt und sich nur darauf konzentriert, ein Produkt voranzubringen. Der Betrieb kann aber auch Kapazitäten reservieren, um sich tatsächlich mit der Projektförderung zu beschäftigen. Das ist alles sinnvoll und soll auch nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Aber es ist nicht von der Hand zu weisen: Sie müssen für die Projektförderung erst einmal erheblich Kapazitäten bereitstellen. Das schreckt immer noch viele ab. Gerade um die Schwelle zur ersten Innovation zu überschreiten, kann die steuerliche Forschungsförderung einen immensen Effekt auslösen, nicht nur tatsächlich in Heller und Pfennig. Das ist ja alles mehr oder weniger nachgewiesen und dargelegt. Auch psychologisch würden Sie vielen Unternehmen, die bisher noch abgeschreckt sind, zusätzlich ein Mittel bieten, um an Innovationen heranzuführen. Um diesen Gedanken ein bisschen näher zu bringen, wäre das ein äußerst wichtiges Instrument.

Das sagen uns die Unternehmen immer wieder. Deshalb haben Sie bitte Verständnis dafür, dass auch ich es immer wiederhole.

Dr. Ursula Beller (Technologie-Transfer-Ring Handwerk NRW) (Stellungnahme 16/2121): Ich als Vertretung des Handwerks kann das nicht so ganz unterstützen, denn gerade im Handwerk gibt es ja eher die kleinen Unternehmen. Dort ist der steuerliche Anreiz, um überhaupt in das Innovationsgeschehen einzusteigen, nicht vorhanden, würde ich mal behaupten.

Wir sind froh, dass hier an der einen oder anderen Stelle auch schon mal erwähnt wurde, dass es doch auch niederschwellige Programme geben muss. Herr Lemke hat das gerade betont. ZIM ist für das Handwerk aber schon sehr hochgestochen.

Da sind wir doch eigentlich sehr froh mit dem Land Nordrhein-Westfalen, das zwei Innovationsgutscheine hat. Wir können auch nur ganz stark dafür plädieren, dass wir daran weiter arbeiten. Denn das sind Instrumente, die von kleinen Unternehmen in Anspruch genommen werden. Sie glauben gar nicht, wie groß die Hürde da noch ist, dass die Unternehmen auch wirklich damit umgehen können. Wir haben da Erfahrungen gemacht, die ich Ihnen gar nicht eins zu eins weitergeben möchte. Die Unternehmen brauchen da einfach eine Unterstützung und eine lenkende Hand, die sie begleitet.

Das sind Dinge, die nicht unbedingt von der Hochschule ausgehen können. Denn ein kleines Handwerksunternehmen geht nicht zuerst an die Fachhochschule oder Hochschule. Dort sind andere Ansprechpartner gefragt. Das sehen wir auch in unserem täglichen Geschäft.

Deswegen ist es so wichtig, dass auch Institutionen vorhanden sind, die diese Unternehmen an die Hand nehmen und weiter führen, wie es ja auch teilweise in Kooperation mit ZENIT oder anderen Unternehmen von uns durchgeführt wird. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, dass die Netzwerke von allen Beteiligten zu den Hochschulen auch wirklich funktionieren und dass man dort Kontakte hat, um Handwerksunternehmen gezielt weiterzugeben. Denn auch an den Hochschulen selber weiß manchmal ein Lehrstuhl nicht von dem anderen, wer wirklich der Ansprechpartner ist. Hier sind einfach auch Netzwerke gefragt. Eine Innovationallianz ist schön, aber ein bisschen mehr Vernetzung in den einzelnen Regionen mit den Hochschulen und den Partnern vor Ort ist einfach notwendig, um hier einen vernünftiges Innovationsgeschehen zustande zu kriegen.

Dieser Punkt betrifft nicht einfach eine Mittelstandsinitiative, die übergreifend noch mal angedacht ist, sondern das ist ein Punkt der regionalen Zusammenarbeit. Da ist es auch wichtig, dass sich die Partner kennen und miteinander einen Weg der Zusammenarbeit finden. Ich meine nicht, dass das immer nur politisch unterstützt und gefördert werden muss, sondern dass es da sehr wohl auch Aktivitäten gibt, die von allen Seiten schon vorhanden sind, die man aber vielleicht manchmal gezielt unterstützen könnte, um wirklich alle Beteiligten – wie es auch in dieser Initiative gefordert wird, nur im kleineren Kreis – mit ins Boot zu holen. Denn sonst haben wir immer ein

bisschen die Befürchtung, dass die ganz Kleinen hinten rüberkippen. Für die wollen wir weiterhin kämpfen.

Patente sind gut und schön vielleicht für die ganz großen Innovationen. Aber gerade in den letzten Jahren geht die Entwicklung in technologischen Bereichen teilweise sehr schnell. Da ist manchmal wirklich die Frage: Sind Patente noch zeitgemäß bei den Zeitabläufen, die dort teilweise im Raum stehen, bis ein Patent erteilt wird? Auch darauf muss man das Augenmerk legen, wenn man über Patente spricht. Manchmal sind das wirklich verheerende Zeiträume.

Wir raten manchen Unternehmern, gerade bei kleineren Erfindungen, das schnell auf den Markt zu bringen, denn der Wettbewerbsvorteil ist dann größer, als wenn man erst mal ein Patent anmeldet. Von daher muss man sich auch da sehr gut überlegen, welche Strategien nicht nur für die Hochschulen, sondern auch gerade für kleine Unternehmen wegweisender sind.

Amt. Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Frau Dr. Beller, auch dafür, dass Sie die Sichtweise der kleineren Betriebe hier eingebracht haben. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Prof. Becker.

Prof. Dr. Klaus Becker (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen): Wir haben ja viel über Förderprogramme und diese und jene Förderung gesprochen. Wichtig ist die Kommunikation der Initiative und der Wünsche ins Land hinein. Das ist auch im Antrag ausformuliert, eine Informations- und Marketingkampagne aufzusetzen mit den Beteiligten aus allen Bereichen, was ja durchaus landesweit organisiert werden kann und dann – wie Frau Beller das gerade ausgeführt hat – regional runtergebrochen wird. Das wäre hilfreich, die Angebote, die wir haben, noch mal gemeinsam zu kommunizieren, nicht dass die Hochschulen zu den KMU kommunizieren, sondern auch die Unternehmerverbände, also in allen Richtungen, gemeinsam und strukturiert vielleicht unter einem Label.

Amt. Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf mich bei allen Sachverständigen für ihre wertvollen Beiträge bedanken, die in die weitere Beratung des Antrages einfließen werden. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

***

Weitere Stellungnahmen:

Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW, 16/2103
Universität Siegen, 16/2127

gez. Karl Schultheis
Amt. Vorsitzender

25.11.2014/02.12.2014
225